

Hallsche Zeitung

vorm. im G. Schwesfäke'schen Verlage. (Hallscher Courier.)

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark.

Intentionsgebühren für die fünfjährige Zeile oder deren Raum 18 Pf.

N 221. Verlag der Aktien-Gesellschaft Hallsche Zeitung. Halle, Sonnabend, 22. September. Verantwortl. Redakteur: Professor Dr. O. Gerhard. 1883.

Die bevorstehenden

Stadterwerber-Wahlen in Berlin

haben die Berliner Bürgererschaft auf den Kriegspfad geführt. Der Kampf der sich gegenüberstehenden Parteien hat die Leidenchaften im höchsten Maße erregt...

Welchen Ausgang dieser Kampf haben wird, steht dahin. Jedenfalls beweist er an sich schon, daß die Fortschrittspartei in heller Verwirrung ist und sich auch in ihrer bisher so starken Domäne nicht mehr sicher fühlt...

Darum bietet diese Wahltagung für fernere stehende Kreise ein Interesse, zumal sie sich mehr und mehr politisch ausprägt hat.

Es stehen sich hier drei Parteien gegenüber: die Fortschrittspartei, welche im Besitz der Herrschaft ist und ihren Besitzstand zu verteidigen bemüht ist, ferner die deutsche Bürgerpartei, welche sich aus Conservativen und liberalen Gegnern der Fortschrittspartei zusammenschließt...

Die Fortschrittspartei hat schon in dem Beschlusse wegen Auflösung der Stadterwerberversammlung einen Angriff auf ihre Herrschaft in der Communaverwaltung erlitten. Sie bemüht sich denn auch, hieraus für ihre Zwecke Capital zu schlagen und die im wohlverstandenen Interesse der Bürgerpartei und zum Zweck einer gleichmäßigen Verteilung des Wahlrechts beschlossene Maßregel als ein ungerechtfertigtes, gegen sie gerichtetes Vorgehen darzustellen.

Die Fortschrittspartei definiert sich wieder im Vertheilungsgesetze, sie spielt also eine Rolle, die ihr bisher im politischen Leben noch nicht zugefallen ist. Alle ihre Pläne in den Vorparlamenten und alle ihre Fingerglieder zählen nun die Beratungen auf, welche die Fortschrittspartei für die Entscheidung von Berlin zu haben glaubt: die Schönheit der Straßen, Plätze, Brücken, welche der Fremde ansieht, ist natürlich nur ein Wert der Fortschrittspartei; von dem Einflusse, welchen die politische Entscheidung Preussens und des Reichs auf die Hauptstadt ausgeübt, sieht sie vollständig ab, und daß unter einer conservativen Verwaltung unter den gleichen Umständen vermuthlich ganz das Gleiche gefolgt worden wäre, ist ein Gedanke, welcher der ihres Verfalls sich so sehr bewußten Fortschrittspartei noch nicht einmal in den Gedanken gekommen ist.

Wie sie die von der Bürgerpartei geforderte Reform der Wählersteuer für sich acceptirt, so hat sie sich auch die Fortsetzung der Arbeiter wegen Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Gemeindevorstände zu eigen gemacht: aber auch hier glaubt sie zu „besonnen“ sein zu müssen, nur das „gleiche“, nicht aber das „allgemeine“ Wahlrecht, welches von keinem Einflusse abhänge würde (concediren zu können. Die Demonstration ist sonst nicht ihre starke Seite!

Man sieht, die Fortschrittspartei verhält sich bei den Verlesenen Gemeindevorständen ganz anders wie bei politischen Wahlen; sie lobt alles Besondere, weil es ihre Wert ist, und hat alle Hände voll zu thun, um die Angriffe der Gegner abzumehren oder wenigstens zu machen. Die Bürgerpartei hingegen, welche gegen die fortschrittliche Burg stehen läuft, hat ihre Kampfesgegenstände offenbar der Fortschrittspartei, wie diese sich bei politischen Fragen verhält, abgelenkt und ihm darum auch in ihrer Kritik keine Gnade gegenüber dem Bestehenden. Ebenso will auch die Arbeiterpartei nichts von den fortschrittlichen entgegenkommenden Erklärungen und Versprechungen wissen, sondern setzt der Fortschrittspartei fertig zu.

Man ist daher auf den Ausgang dieses hochinteressanten Kampfes sehr gespannt. Jedenfalls wird derselbe auch für die politische Stellung der Partei in den parlamentarischen Körperschaften bedeutungsvoll werden.

Katholischer Tagesbericht.

Die „grobmüthige Nachgiebigkeit der Kirche“, wie die „Germania“ sagt, oder neue politische Schachzug Roms, wie es die „Nat. Ztg.“ nennt, steht heute im Vordergrund aller Tagesfragen.

Wie die „Germania“ berichtet, hat der Papsi mit Bezug auf das kirchenpolitische Gesetz vom 11. Juli „ohne prinzipielle Anerkennung der die Verbilligung betreffenden gesetzlichen Bestimmungen“ zugestanden, daß die Dispense für die Verengung der Wahlen die Bischöfe hören mit Genehmigung des Papstes für diejenigen Seelsorger und Hilfspriester, welche ohne Erfüllung der Anzeigepflicht angestellt werden können, von den Oberpräsidenten unter Vorlegung der betreffenden Zeugnisse die Dispensationen unter Vorlegung der betreffenden Zeugnisse die Dispensationen unter Vorlegung der betreffenden Zeugnisse...

Die einfache Thatfache, daß Leo XIII. die jüngste Serie der katholischen Priesterpflicht dem Staatsgrundgesetz der Anmeldeung unterstellt hat, wird nach dem Parteihauptricht der Blätter ganz gegenseitig beurtheilt. Alle Wochenschriften, das Wochenschriftblatt, auch die National-Zeitung etc., sind als Freunde des christlichen Kulturkampfes etwas deucitirt und bemühen sich, den Schritt Roms als unbedeutend oder hinterlistig darzustellen. Die conservativen Blätter, auch der Süddeutsche Reichsbote, besprechen die Nachgiebigkeit Roms mit Wohlwollen und der Hoffnung weiterer Verbilligung, die jeder Form praktischen Christenthums zu Gute kommen werde. Die „Frankf. Ztg.“ knüpft zwar an ihre Verheißung des Ereignisses den höchsten Schicksal: „Schneller als zu erwarten, haben sich die Hoffnungen, die Herr v. Goltzer an das Juligesetz knüpfte, erfüllt und zu neuen Thaten wird Rom die Vohn dafür erhalten, daß es sich in die Zeit zu schicken und die Fabel von dem Wanderer, dem die Sonne abschmeichelt, was ihm der Sturm nicht abzutreiben vermochte, zu beherzigen gewohnt hat.“

So wird man die Entscheidung der Kurie als ein erfreuliches Symptom betrachten dürfen. Es ist darin thatsächlich ein Aufgeben ihres starren Principes zu erkennen, demzufolge die gesetzlichen Bestimmungen über die Vorbereitung für sie nicht existiren, also auch das Nachjuden einer Demagnation von demselben unmöglich sein würde. Die von ihr gemachten Vorbehalte sinden zwar dieses Princip ausdrücklich zu wahren, sie beweisen aber zugleich, daß unter gewissen Umständen bei der Kurie praktische Rücksichten einen stärkeren Druck auf ihre Entschlüsse haben können als das Princip.

Die deutsche Eisenbahn-Tarifkommission und der Ausschluß der Verkehrsinteressenten hielten in den Tagen vom 10. bis 12. September in München ihre statutenmäßige Berathung. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, da über ca. 40 Tarificationen verhandelt wurde, von denen allerdings die Beschlussefassung über mehrere Artikel behufs Einholung weiterer Informationen vertagt wurde. Dies galt von den Beratungen über eiserne Plätze, Kassenfahrkarten, Papier, grobe Holzwaren, außeruropäische Föhler und Blei. Abgelenkt wurde die beantragte Verengung in andere Tarificationen für Baumwollabfälle, Coconsabfälle (Struf), für Holzpargel, Schoten, Petrolee und ähnliche Gemischstoffen, desgleichen für Eisenröhren und für Gefäßtransportstoffen. Versteht wurden: eiserne Wäffel und Gabeln mit einem Ueberzug aus inwelm Metall nach Spezialtarif I, Schutzplöde nach Spezialtarif II, Beerenholzhäne nach Spezialtarif II, Dachshindeln und Dachspäne nach Spezialtarif II, gebrauchte Eisenbahnschienen nach Spezialtarif III. — In der Position Holzwaren wurden die Worte „weissen, trocknen“ gestrichen, außerdem das Verzeichniß der ferrigen Güter in Betreff der Emballagen präzipiter gestrichelt.

Auf der Stuttgarter Delegirten-Versammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller, über welche wir ausführlich berichtet haben, waren, wie wir nachträglich mittheilen können, durch circa 80 Delegirte vertreten: Der Verein deutscher Eisenbahn- und Stahl-Industrieller mit seinen verschiedenen Gruppen,

der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der Verein deutscher Eisengießereien, der Verein für die bergbäuerlichen Interessen im Ober-Berg-ambtsbezirk Dortmund,

der Oberflößliche Berg- und Hütten-Verein, der Verein süddeutscher Baumwoll-Industrie, der Verein norddeutscher Baumwoll-Industrie, das Gießereindustrielle Syndikat in Düsseldorf, der Verein deutscher Fein-Industriellen, der Verein deutscher Papier-Fabrikanten, der Verein deutscher Glas-Fabrikanten, der Verein deutscher Zement-Fabrikanten, der Mitteldeutsche Fabrikanten-Verein, der Verein der Zementfabriken des Regierungsbezirks Rügen, die Handelskammer für Schwaben und Neuburg in Augsburg.

Als Gäste waren vertreten: die Handelskammer Stuttgart, die Industrie- und Handelskammer Stuttgart, die Bremer Baumwollmehlfabrik.

Der Straffenrat des Kammergerichts stellte heute den Rechtsgrundrath auf, daß nicht nur der Landrat, sondern auch der Amtsvorsteher berechtigt sei, sich von einem Jagenden den Jagdschein vorzeigen zu lassen, was demgemäß eine gegen das Urtheil des Landgerichts in Glogau eingebracht Revision des Freiherren v. Tschammer zurück.

Die „Straßb. Post“ theilt mit, daß zwei fremdländische Offiziere in Entschließung von einem Bauplanrevisor in dem Augenblick betroffen wurden, während sie auf Befichtigung der Festungswerke durch das Fernglas auf dem abgedruckten Stadtplan sich einige Notizen machten. Die betreffenden Herren, die sich auf dem Gouvernement als italienische Generalstabsoffiziere, die zu dem deutschen Mandern kommandirt waren, auswießen, wurden alsbald auf freien Fuß gesetzt. Die Ost. Völk. Ztg. bemerkt, — die Wichtigkeit dieser Darstellung zugegeben — daß die italienischen Offiziere doch wissen mußten, nach vorheriger Befichtigung der Festungswerke durch das Fernglas möglich Notizen in dem Stadtplan an Ort und Stelle den gedächstigten Verbauch der beanspruchten Nachposten wohl ersehen. Die erwähnte Zeitung weist darauf hin, daß in Italien besaßliche Vorschriften sehr streng sind und doch vor 2 Jahren ein harmloser deutscher Tourist vor dem Thore einer Festung Oberitaliens von dem Posten verhaftet wurde, während er seinen Wädelchen nebst Karte zu Rathe zog und er erst nach großen Weiterungen freigelassen wurde. Die in Rede stehende Thatfache ist folgende: Zwei italienische Majors, Lehrer an der Artillerie-Schule, wollten die Mandar bei Hamburg als Amateure — nicht kommandirt — mitmachen und die freie Zeit benützen, die Festungen Deutschlands zu besichtigen. Da ihnen in Berlin eine Erlaubnis nicht gegeben worden, ihnen vielmehr nur gerathen werden konnte, sich an die Gouverneure der Festungen zu wenden, so haben dieselben auf eigene Hand verfuhr, sich zu orientiren und bei dem ersten Verstehe zugleich ihre Erfahrungen gemacht. Da jedoch ihre Personallisten hinreichend bekannt sind, auch ihre Absicht als ungehörlich festgestellt werden konnte, sind sie alsbald auf freien Fuß gesetzt worden. — Es mag dies immerhin als Lehre für die Folge dienen.

Man schreibt uns unter dem 18. d. Mts. aus Wien: Unseren Kattionen wird die liberale Waise denn doch zu lästig und sie sehen sich häufig gezwungen, sie zu lästern. Zu den wichtigsten und notwendigsten Mitteln des Gewerkschafts gehört bekanntlich die Wahlsteuer, welche das Wahlrecht für den Reichstag auf etwa 10000 Staatsbürger ausdehnt, die jährlich 5 fl. Steuer zahlen. Es war nun Gade der Provinzialabteilungen, diesen „Fingergeldmännern“ das Wahlrecht auch für die Verengung zu ertheilen. Aber die Herren Oberen erweisen sich in der Entscheidung der Sache lange nicht so eifrig, als man nach ihren Ehoraten meinen sollte. Im böhmischen Landtag haben sie ihren Gedanken an eine Wahlreform prinzipiell zurückgewiesen, und neuerdings lehnte auch der deutsch-liberale Landesauschuß im Wärdern den Antrag ab, im Landtage eine Verengung einzubringen, welche den Fingergeldmännern das landtägliche Wahlrecht gewährt. Das Alles geschieht selbstverständlich unter dem Vorwande der Wahrung deutscher Interessen. Wie aber diese Gefahr in liberalen Ländern gewahrt sind, daß jetzt wieder einmal eine Entscheidung, welche in Böhmern auf dem Gebiete der Schule zu Tage tritt. Das hypernationale jugendschliche Blatt in Prag konstatirt nämlich, daß der Stroom der geschlichen Schüler in den deutschen Schulplätzen, namentlich seit dem vorigen Jahre, befehllich nachste. Schwiel in der ersten Hälfte des deutschen Gymnasiums der Prager Neuboth, lesen neuer 170 Schüler eingeschrieben worden — eine Ziffer, welche dießes Gymnasium selbst zur Zeit seiner höchsten Blüthe, in der Nach Jahren Wera, der stammlichen Centralisation und Germanisation, nicht aufzuweisen hatte — und von diesen 170 Schülern gehören zwei Drittheile der geschlichen Nationalität an. Die „liberale Politik“ des Grafen Zayn scheint also jedenfalls von ganz merkwürdiger Wirkung zu sein, und am Ende stellt es sich heraus, daß die wiederholte „flüssige Hochkultur“ der deutsche Kultur traut.

Dieselbe liberale Kabinets-Sache hat sich neuerdings auch durch einen Akt auf dem Gebiete der Verengung charakterisirt. Der jüngste Landtag in Gräin hatte ein Gesetz beschloffen, welches die stammlichen Armeninstitute aufhebt und dieselben den Gemeinden zuzuschreibt. Dieses Gesetz hat nun die kaiserliche Sanction erhalten. Unter städtischen Journalen sind darüber sehr verwirrt und heben hervor, daß Gesetz sei von der deutsch-liberalen Majorität geschlossen, von der libelichen Minorität dagegen lebhaft bekämpft worden. Das beneht indessen wohl nur, daß die Regierung sich bei ihren Entscheidungen ausschließlich von solchen Gründen, nicht von nationalen Auffassungen und Parteimotiven leiten läßt. Für einen solchen Standpunkt haben aber selbstverständlich unsere Kattionen weder Sinn noch Verstandnis.

Die öffentliche Meinung der Schweiz leidet augenscheinlich an einer Verwirrung gegen Frankreich. Man findet, daß die Pariser Wahlkämpfe es mit ihren internationalen Verpflichtungen gegenüber der befreundeten Nachbarrepublik nicht so gemessenhaft nehmen, als letztere erwarten und verlangen dürfte. Da es einmal die Verengung der Regierung eines Abändertes der Juragene, zwar keine Affaire von kapitaler Wichtigkeit, aber immerhin leicht zu bewerkstelligen, wenn man in Paris auf die





